

# Heirat gegen den eigenen Willen

Bundesweit steigen die Zahlen von Kinderehen: Opposition fordert von der Landesregierung besseren Opferschutz

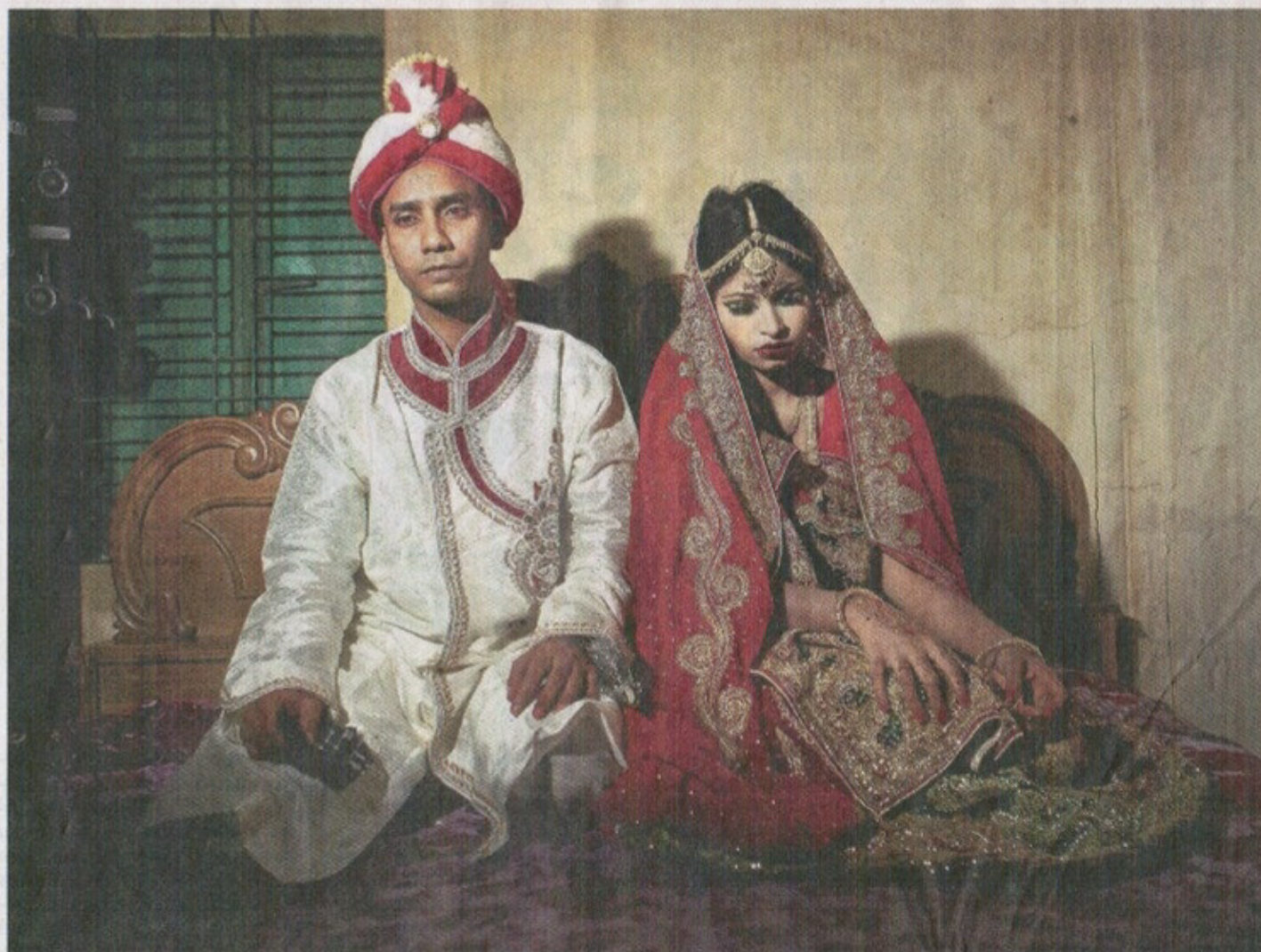
VON BASTIAN MODROW

**KIEL.** Bundesweit werden immer mehr Fälle von Kinderehen bekannt: Unter den Flüchtlingen in Deutschland sind offenkundig hunderte minderjährige Mädchen, die in ihren Heimatländern verheiratet worden sind. Auch in Hilfseinrichtungen in Schleswig-Holstein werden sogenannte Kindsbräute betreut. Nach Ansicht der CDU im Norden unternimmt die Landesregierung zu wenig im Kampf gegen Kinderehen und für den Schutz der Opfer.

Auf Bundesebene diskutieren die Justizminister, wie rechtlich mit dem Problem der Kinderehen umzugehen ist. Auslöser sind steigende Zahlen bekanntgewordener Fälle: Im Unterschied zu Schleswig-Holstein führen einige Bundesländer bereits Statistiken. So zählten die bayerischen Sozialbehörden im April mehr als 160 Fälle von Ehen bei Zuwanderern, in denen die Mädchen jünger als 16 Jahre alt waren. In Baden-Württemberg wurden 120 Kinderehen aktenkundig, in Nordrhein-Westfalen fast 200. „Schockiert“ reagiert Katja Rathje-Hoffmann, Sozialexpertin der CDU-Landtagsfraktion, jetzt auf die Beantwortung einer parlamentarischen Kleinen Anfrage an das Innenministerium. „Es werden nicht nur keine statistischen Daten erfasst, es gibt offenbar auch niemanden, der sich für die Schicksale dieser Mädchen zuständig fühlt“, kritisiert die Unionspolitikerin.

Wie aus der Beantwortung des Ministeriums hervorgeht, liegen dem Land tatsächlich keine „statistischen Auswertungen“ vor, wie viele Fälle von Kinderehen im Land bislang bekannt geworden sind – weder aktuell, noch in den vergangenen fünf Jahren. Auf die Frage, wie die Landesregierung die Situation minderjähriger verheirateter Mädchen im Hinblick auf den Kinder- und Jugendschutz bewertet, beruft sich das Innenministerium ebenso wie bei der Frage, welche Maßnahmen das Land zur Verhinderung von Kinderehen ergreifen will, allein auf geltendes Bundesrecht.

CDU-Frau Rathje-Hoffmann reicht das nicht aus: „Innenminister Stefan Studt muss sagen, was er als verantwortlicher Landesminister tut, um solche Mädchenschicksale in Schles-



Er ist 32 Jahre alt, sie ist 15: Wie hier in Bangladesch werden viele Minderjährige gegen ihren Willen verheiratet. Nun kommen sie oft als Flüchtlinge nach Deutschland. Im Unterschied zu anderen Ländern hat Schleswig-Holstein aber keinen Überblick. FOTOS: GETTY / EISENKRÄTZER



„Es gibt offenbar niemanden, der sich für die Schicksale der Mädchen zuständig fühlt.“

Katja Rathje-Hoffmann,  
Sozialexpertin der CDU

wig-Holstein zu verhindern oder zumindest zu lindern.“ Dazu müsste sich der Minister „allerdings zunächst für die Schicksale der Mädchen interessieren“, so Rathje-Hoffmann. „Studts technokratische Antwort, dass ihm Anga-

ben im Sinne statistischer Auswertungen nicht vorliegen, beweist das Gegenteil.“

Hendrik Peters vom Innenministerium verweist unterdessen auf die Beratungsangebote, die landesweit Betroffenen Hilfe anbieten würden. „Die Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser stehen grundsätzlich auch jüngeren Frauen, also auch minderjährigen Ehefrauen, zur Verfügung“, betont der Ministeriumssprecher und weist die CDU-Kritik zurück. „Das Phänomen Kinderehen ist nach den vorhandenen Erkenntnissen in Schleswig-Holstein bisher strukturell nicht als Problemfall in Erscheinung getreten“, so Peters. Überdies seien Ehen unter Umständen auch mit Minderjährigen rechtlich zulässig.

Statistiken über die Verbreitung von Kinderehen kann auch Michaela Peschel, Leiterin des Mädchenhauses in Kiel, nicht vorweisen. Dass es hierzulande weniger Fälle als

in Bayern oder Nordrhein-Westfalen gibt, glaubt sie nicht: „Schleswig-Holstein ist ein Bundesland wie alle anderen auch“, betont Peschel und warnt, „die Augen vor dieser hochdramatischen Problematik zu verschließen“. Zumal die Sozialpädagogin selbst Fälle kennt: „Erst vor Kurzem haben wir von einer 15-Jährigen aus einer Kieler Unter-

kunft erfahren, die einer Betreuerin berichtete, dass sie nicht freiwillig mit einem älteren Mann verheiratet worden war.“ Wie auch Irene Johns, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein, drängt Peschel im Kampf gegen Kinderehen auf eine Gesetzesverschärfung und darauf, die Ehe-Mündigkeit auf 18 Jahre festzulegen.

## Bund plant Gesetzesänderung

CDU und SPD prüfen auf Bundesebene eine Gesetzesverschärfung, um besser gegen im Ausland geschlossene Kinderehen unter Flüchtlingen vorgehen zu können. Bisher fehlt es an einer eindeutigen **Rechtslage**. Das Recht der Eheschließung und deren Wirksamkeit ist bundesrechtlich im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt. Grundsätzlich gilt: Im Ausland geschlossene Ehen zwischen ausländischen

Staatsangehörigen werden in Deutschland anerkannt, wenn sie nach dem jeweiligen **Heimatrecht** der Eheschließenden wirksam geschlossen wurden und sie nicht der „öffentlichen Ordnung“ widersprechen. Dies gilt auch für im Ausland geschlossene Ehen zwischen Erwachsenen und Minderjährigen. Unrechtmäßigkeiten müssen nach bisherigem Recht im Einzelfall von Familiengerichten geprüft werden.

# Kinderehen: Frauenhäuser widerprechen

KN  
14.7.16

**KIEL.** In der Diskussion um den politischen Kampf gegen Kinderehen bei Flüchtlingen widersprechen Mitarbeiterinnen vieler Frauenhäuser dem Innenministerium. Ein Sprecher hatte gesagt, dass die Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser grundsätzlich auch jüngeren Frauen, also auch minderjährigen Ehefrauen, zur Verfügung stünden. „Das stimmt nicht, wir sind keine Kinder- und Jugendeinrichtung und können erst junge Frauen ab dem 18. Lebensjahr aufnehmen“, sagt Stefanie Röstel vom Frauenhaus in Kiel. Für das Problem von Kinderehen, die – wie berichtet – bundesweit zunehmen, seien die Jugendämter zuständig.

CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann fühlt sich in ihrer Kritik bestätigt: „Wenn sich irgendjemand im Innenministerium auch nur fünf Minuten um das Thema gekümmert hätte, dann würde der Sprecher nicht so einen Unsinn erzählen.“ Die Frauenhäuser könnten Minderjährigen nur in absoluten Notfällen für eine Nacht ein Bett geben. Das bekräftigte am Mittwoch auch ein Sprecher des Ministeriums: „Allerdings liegt es nahe, dass kurzfristig nach alternativen und passgenaueren Hilfsangeboten, die in der Jugendhilfe zu finden sind, gesucht wird.“ *bas*